

öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr bis 19:44 Uhr

Teilnehmer:

Bürgermeister
Tobias Krüger

Fraktion CDU
Thiele, Andreas

Fraktion DIE LINKE
Kruppa, Judith

Fraktion SPD
Vogel, Julia

Fraktion UWG
Glienick, Christian
Tscherwinka, Maik

BVB Freie Wähler - 3punkt0 - gemeinsam für Am Mellensee
Pehnert, Dirk (per Videokonferenz)

Entschuldigt: Borkowski, Wilfried **UWG**
Koch, Ingo **SPD**

anw. Mitglieder d. GV: -

Verwaltung: Prochno, Julian **Schriftführer**

Tagesordnung

öffentlicher Teil

01. Eröffnung der Sitzung
02. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit
03. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil -
04. Einwendungen zu Niederschriften der vergangenen Sitzungen - öffentlicher Teil -
05. Einwohnerfragestunde
06. Überarbeitung der Hauptsatzung, Geschäftsordnung und der Beteiligungssatzung
07. Informationen und Anfragen

Zu 1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Zu 2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Tscherwinka stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 6 Mitglieder anwesend.

Zu 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil -

Herr Tscherwinka nimmt den Tagesordnungspunkt 4 von der Tagesordnung. Es fehlen aus der Juli- und der Oktobersitzung die Protokolle.

Zu 4. Einwendungen zu Niederschriften der vergangenen Sitzungen - öffentlicher Teil -

Dieser TOP wurde entfernt.

Zu 5. Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu 6. Überarbeitung der Hauptsatzung, Geschäftsordnung und der Beteiligungssatzung

Herr Tscherwinka bittet die Mitglieder sich über die Überarbeitung der Hauptsatzung, Geschäftsordnung und Beteiligungssatzung Gedanken zu machen, sodass der Verwaltung ein Plan vorgelegt werden kann. Im Juni wird auch die Kommunalverfassung geändert, die dann ebenfalls mit einzupflegen ist. Die Hoffnung besteht darin, dass die neue Gemeindevertretung dies im September beschließen kann.

Herr Krüger hat zu diesem Thema schnell eine Präsentation auf die Beine gestellt und merkt an, dass manche Punkte eventuell nicht in der richtigen Reihenfolge sind.

18:04 Uhr: Das Hauptausschussmitglied, Frau Judith Kruppa, betritt den Sitzungssaal. Es sind nun 7 Mitglieder anwesend.

In der Präsentation wollte Herr Krüger seine ersten Gedanken und Erkenntnisse sammeln, sodass man diese in der Runde des Hauptausschusses diskutieren kann.

Er bittet weiter um die Zuarbeit der Gemeindevertreter. Nachdem alle Vorschläge und Gedanken gesammelt worden sind, kann man diese strukturieren und weitere Ausarbeitungen durchführen.

Herr Tscherwinka merkt an, einen solchen Aufruf bereits im letzten Jahr getätigt zu haben, allerdings nur wenig Feedback erhalten zu haben. Einige Punkte seien auch schlecht einzuschätzen, wie diese rechtlich zu formulieren sind.

Frau Vogel findet die Gegenüberstellung der Satzungen (alt und neu) gut, besonders wenn die Änderungen farblich hervorgehoben sind. Weiterhin fragt sie, ob es möglich wäre ein geteiltes Online-Dokument zu erstellen, in dem alle Gemeindevertreter gemeinsam ihre Ideen und Vorschläge sammeln können.

Herr Krüger findet die Idee sei machbar und möglich, ist sich aber etwas unsicher über die Übersichtlichkeit. Wichtig sei ihm erneut der Aufruf an die Gemeindevertreter sich Gedanken zu diesem Thema zu machen.

Er informiert, dass durch den Beschluss des Landtages im Sommer 2024 eine neue Kommunalverfassung in Kraft tritt. Darin werden einige relevante Punkte für die Geschäftsordnung und Hauptsatzung geregelt. Die Ortsbeiräte erhalten hier auch eine höhere Beteiligung innerhalb der Gemeindevertretung. Dahingehend muss die Reihenfolge der Sitzung angepasst werden, sodass die Ortsbeiräte und Fachausschüsse vor der Gemeindevertretersitzung stattfinden.

Zum Thema Sitzungskalender tendieren viele Kommunen in den letzten Jahren zu einer Entschlankung. Es soll zwar weniger Fachausschüsse geben, da häufig mehrfach über dieselben Themen diskutiert wird, aber die Taktung der Sitzungen wird etwas reduziert. Die Gemeinde Am Mellensee hat aktuell ca. alle 4 Wochen eine Gemeindevertretersitzung, also ca. 12 pro Jahr. Währenddessen streben die meisten Kommunen höchstens 6 Sitzungen im Jahr an. Herr Krüger hat bereits hierzu ein paar Ideen bezüglich der Ausschüsse und der Abfolge der Sitzungen (siehe Präsentation Seiten 4 & 5).

Frau Vogel ist für die Idee den Sitzungskalender generell zu entschlanken und mehr in den Fachausschüssen zu arbeiten.

Frau Kruppa stimmt dem zu, besonders, weil die Diskussionen, die in den Fachausschüssen geführt werden sollten, in den Gemeindevertretersitzungen stattfinden und viel Zeit in Anspruch nehmen.

Herr Krüger informiert weiterhin, dass Ausschussvorsitzende in anderen Kommunen Stellungnahmen zu allen Tagesordnungspunkten schreiben, in denen sie beschreiben, was gut und was schlecht gelaufen ist. Dies soll keine Kritik an den Vorsitzenden sein, sondern soll der Diskussionskultur dienen.

Herr Tscherwinka merkt an, dass es in der letzten Legislaturperiode einen 2 Monatsrhythmus gab, mit Blick auf die letzten Tagesordnungen der GV dies aber schwer umsetzbar sei. In den Gemeindevertretersitzungen gibt es viele Tagesordnungspunkte, da sehr viele Anträge eingereicht werden. Dadurch kam es in der jüngsten Vergangenheit auch häufig zu Folgesitzungen der GV. Hilfreich wäre es, wenn die Protokolle der Fachausschüsse kurzfristig vor der GV zur Verfügung ständen, sodass man darauf aufbauen kann. Die Statements der Vorsitzenden der Fachausschüsse in der GV fallen oft aus Zeitgründen eher kurz aus.

Frau Kruppa sieht ein Problem bezüglich der aktuellen Fristen. Durch die monatliche Taktung ist es teilweise schwierig Anträge rechtzeitig von den Fachausschüssen in die GV zu geben. Durch die von Herrn Krüger geplante 6 Wochen Taktung würde sich dies eventuell verbessern. Zur Problematik der Länge der Tagesordnung zieht sie als Beispiel den Kreistag heran: dort seien manchmal 50 Punkte auf der Tagesordnung, die aber oft nach 1,5 bis 2 Stunden abgearbeitet sind. Die Hauptarbeit findet in den Fachausschüssen statt, die wiederum teilweise bis zu 3 Stunden gehen.

Herr Tscherwinka ist ebenfalls der Meinung, die Fraktionsarbeit müsse sich verbessern. Es wäre klug vor einer Fachausschusssitzung eine Fraktionssitzung zu haben und zu klären, was dem Vertreter „mitgegeben“ werden soll. Notwendig sollte eine Fraktionssitzung vor der Gemeindevertretung sein, um alles zu klären. So müsse nicht jeder Gemeindevertreter einzeln nachfragen, was in den Fachausschüssen genau besprochen wurde.

Herr Pehnert wirft ein, dass hier wieder die Protokolle oder Kurznotizen aus den Ausschüssen wichtig wären. Ein Kurzprotokoll würde auch alle auf den gleichen Stand bringen, anstatt das verschiedene Interpretationen der Mitglieder in die Fraktionen weitergegeben werden. Herr Tscherwinka merkt an, dass es im Landkreis ebenfalls der Fall ist, den Mitgliedern das Protokoll vorab zu senden, es jedoch erst mit der Unterschrift des Vorsitzenden veröffentlicht wird.

Frau Kruppa spricht an, die Fristen zum Einstellen von Dokumenten müssen besser eingehalten werden. Es ist teilweise nicht möglich sich auf Sitzungen vorzubereiten, wenn am Tag der Sitzung noch relevante Dokumente in das Ratsinformationssystem gestellt werden.

Herr Krüger erwähnt, die Reduzierung der Fachausschüsse sei ein Punkt in anderen Kommunen (siehe Präsentation Seite 6). Häufig werden die gleichen Themen in den Fachausschüssen mehrmals diskutiert, wie zum Beispiel zuletzt die Haus- und Benutzungsordnung, die durch alle Ausschüsse gegangen ist. Die Entscheidung liegt letztendlich bei der neuen Gemeindevertretung, man könne aber bereits erste Vorarbeiten und Entwürfe erarbeiten.

Das neue Ratsinformationssystem wird, nach Meinung des Bürgermeisters, besser, da vieles selbst generiert wird. Eine Eingewöhnung ist natürlich von Nöten und perfekt wird dieses auch nicht, aber bspw. bei der Datenbezeichnung wird es einen besseren Standard geben. Das Thema IT-Kosten und Finanzierung der Laptops wurde bei der Tagung ebenfalls angesprochen. Es gibt sowohl für die Leihgeräte, als auch für Zuschüsse schwerwiegende Vor- und Nachteile, die es zu bedenken gibt. In den Kommunen wurden hier unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Um einen Nachteil für Zuschüsse zu nennen, spricht er hier die hohe Fluktuation bei den Gemeindevertretern an. Es bedeutet einen hohen Mehraufwand und eine klare Lösung für die Bezuschussung wurde nicht gefunden.

Bei Leihgeräten läge der Vorteil darin, dass diese den Gemeindevertretern fertig zur Verfügung gestellt werden würden, die Ausgaben aber wesentlich höher wären. Hier würden jedoch bei einem Wechsel der Gemeindevertreter keine Nachfolgekosten auftreten, da das Gerät einfach weitergegeben werden kann.

Herr Pehnert hält die Bezuschussung für die bessere Variante, weil sich hier jeder ein Gerät mit dem bevorzugten Betriebssystem besorgen könnte. Die Fluktuation betreffend schlägt er vor, die Bezuschussung an die Jahre der Mitgliedschaft anzupassen (z.B. anstatt einmalig 500€, jährlich 100€).

Herr Krüger interveniert direkt, da laut Kommunalverfassung nur eine einmaligen Bezuschussung gestattet ist.

Frau Kruppa erwähnt, dass, unabhängig von der Variante, mit den Mitgliedern Verträge geschlossen werden müssen. Dort könne man festhalten, dass es den Mitgliedern erlaubt ist Anteile des Zuschusses für jedes Mitgliedsjahr zu behalten. Sollte ein Mitglied der Gemeindevertretung das Mandat niederlegen, so müsste der restliche Betrag vom Zuschuss zurückgezahlt werden.

Sie fragt weiter, ob die Gemeinde für die Leihgerätvariante das Personal hätte. Die Geräte müssten vorbereitet werden und dann im Verlauf gewartet werden.

Herr Krüger antwortet, dies wären natürlich weitere Vor- und Nachteile, die er schon bedacht hat.

Frau Vogel fragt, ob es denn verpflichtend wäre ein solches Leihgerät zu nutzen. Sie selbst würde es ungern benutzen.

Herr Krüger meint, man könne niemanden verpflichten die Geräte zu nutzen, es wäre lediglich ein Angebot, da es vorgesehen ist auf den hybriden Sitzungsdienst zu wechseln.

Optimal wäre es jedem Mitglied eine Emailadresse über die Gemeinde einzurichten und jegliche Dokumente per Verteiler an die Mitglieder zu versenden.

Herr Thiele ergänzt mit dem eigenen Erfahrungsbericht das bereits Gesagte: wenn es sich nicht um das eigens bevorzugte Betriebssystem handelt, wird man das Leihgerät letztendlich wahrscheinlich nicht benutzen.

Herr Krüger fährt fort mit dem Thema „hybride Gremien“. Es wird weiter darauf hingearbeitet dies möglichst effizient umzusetzen, allerdings gäbe es da ein Problem damit geheime Wahlen abzuhalten. Hier schreibt die Kommunalverfassung eine klare Regelung im Vornerein vor. Eine Beschlussfähigkeit ist auch gegeben, wenn ein Großteil der Gemeindevertreter online teilnimmt, die Möglichkeit eine Wahl durchzuführen aber nicht.

Herr Tscherwinka fragt nach, welche Art von Wahlen denn in den Gremien abgehalten werden.

18:45 Uhr: Das Hauptausschussmitglied, Herr Andreas Thiele, verlässt den Sitzungssaal. Es sind nun 6 Mitglieder anwesend.

Herr Krüger informiert, es geht um die Wahlen zu den Beauftragten: Kinder- und Jugendschutzbeauftragte, Vorsitz des Seniorenbeirats, usw. Natürlich ist das nicht der Regelfall, es muss aber geregelt sein.

Herr Tscherwinka erwähnt, er könne sich nicht an Wahlen hierzu erinnern, weil diese Stellen lediglich bestimmt wurden.

18:46 Uhr: Das Hauptausschussmitglied, Herr Andreas Thiele, betritt den Sitzungssaal. Es sind nun 7 Mitglieder anwesend.

Herr Pehnert stimmt zu, in der Vergangenheit wurden die Beauftragten bestimmt und nicht gewählt. Für ein Online-Wahlverfahren fehlen aktuell die Regelungen zu Gewährleistung der Anonymität.

Herr Krüger spricht eine Reform des Amtsblatts an, da dies eine erhebliche Kostenersparnis sein könnte.

Weiterhin sollen bei der Überarbeitung der Aufwandsentschädigungssatzung die möglichen Posten des Kinder- und Jugendparlaments und der Schwerbehindertenbeauftragten bedacht werden.

Generell muss die Zuständigkeitsordnung überarbeitet werden, speziell wenn die Ausschüsse zusammengelegt werden.

Auf den Seiten 13 und 14 der Präsentation fasst Herr Krüger erneut die Punkte zusammen und stellt einen groben Zeitplan für die Überarbeitung vor.

Frau Kruppa fragt, ob die neue Gemeindevertretung überhaupt ohne Geschäftsordnung arbeiten kann. Sie meint sich zu erinnern damals über eine Änderung o.ä. abgestimmt zu haben.

Herr Tscherwinka schaut in den Unterlagen nach und informiert, dass die Geschäftsordnung 2020 die aus dem Jahr 2015 abgelöst hat. Frau Kruppa antwortet, die Geschäftsordnung wurde 2019 aus diesem Grund verlängert. Herr Tscherwinka weiß dies nicht mehr und müsste erst in den Unterlagen nachsehen.

Herr Glienick möchte wissen, ob die Zuschüsse bzw. Leihgeräte auch für Ortsbeiratsmitglieder vorgesehen sind, weil diese ja einen höheren Stellenwert bekommen sollen.

Herr Krüger antwortet, dies würde von der Höhe der Zuschüsse abhängen.

Zu 7. Informationen und Anfragen

Herr Pehnert möchte wissen, ob die neuen Telefonnummern in der Verwaltung schon aktiv sind. Herr Krüger bejaht dies, klärt aber über technische Probleme auf, weswegen noch nicht alle funktionieren.

Herr Pehnert fragt außerdem, ob Herr Rönz im Hause sei, da er heute mit ihm in Kontakt treten wollte, ihn aber nicht erreichen konnte und keine Lesebestätigungen bei den Mails bekommen hat. Herr Krüger antwortet, Herr Rönz ist anwesend, hatte heute jedoch einen Tag reinen Wissenstransfer durch andere Mitarbeiter erhalten.

Frau Kruppa kritisiert die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses (FW-Ausschuss) vom 27.02.2024, da der Vorsitzende sich undemokratisch und wenig respektvoll verhalten und teilweise nicht zugehört haben soll. Außerdem soll dazu gedrängt worden sein, sich nun für eine der beiden Versionen einstimmig zu entscheiden.

Herr Krüger enthält sich bezüglich einer Äußerung über das Verhalten des Vorsitzenden. Er stimmt zu, dass es häufig nicht ganz klar war über welche Version der Satzung grade gesprochen bzw. über welche abgestimmt wird. Für die kommende Gemeindevertretersitzung hat er eine Stellungnahme vorbereitet, die einige Fragen klären soll. Er gibt zu, dass der Ablauf hier nicht optimal gelaufen ist.

Es wird über den chronologischen Ablauf des 1. Entwurfs, der Stellungnahme der Feuerwehren und des 2. Entwurfs diskutiert. Weiter wird die allgemeine Verfahrensweise kritisiert, da die 2. Version erst am Freitag vor dem entsprechenden FW-Ausschuss fertig wurde und es keine Mail gab, dass diese in das Ratsinformationssystem gestellt wurde.

Herr Krüger fasst den Ablauf noch einmal zusammen. In der Sitzung des FW-Ausschusses am 30.01.2024 wurde sich darauf geeinigt Änderungen an der vorgelegten Satzung vorzunehmen. Die Stellungnahme der Feuerwehr, die Satzung samt Änderungen und die Ursprungssatzung (zur Vollständigkeit) wurden in das Ratsinformationssystem hochgeladen. Im FW-Ausschuss am 27.02.2024 wurde fälschlicherweise zwischen beiden Versionen abgewogen und sich erneut für die Ursprungsversion entschieden, über die gar nicht abgestimmt werden sollte.

Nach weiteren Diskussionen wird sich darauf geeinigt, den Punkt zurück in den FW-Ausschuss zu verweisen und dort erneut besprechen zu lassen. Es soll sich nicht für eine der beiden Version entschieden werden, sondern eine Variante erstellt werden, mit der alle einverstanden sind.

Bezüglich der Stellungnahmen der Ortswehrführer zu der Satzung sagt der Bürgermeister, er habe nicht die Befugnis dem Gemeindeführer vorzuschreiben, dass dieser jede Ortsfeuerwehr um eine Stellungnahme zu der Satzung bitten soll. Er vertraut darauf, dass der Gemeindeführer im Interesse aller Kameraden handelt.

Herr Tscherwinka informiert die Anwesenden darüber, dass die Jugendkonferenz im Landkreis Teltow Fläming zum Thema Jugendbeteiligung Workshops, für Jugendsozialarbeiter, für Verwaltung und Fachkräfte und auch für Kommunalpolitikern anbietet.

19:44 Uhr: Der Vorsitzende schließt damit den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankt sich bei den Gästen.

Am Mellensee, den 28.04.2024



M. Tscherwinka
Vors. des Hauptausschusses